P R E S S E M E L D U N G

Geplante Deponie Steinbruch Mainz-Laubenheim: Bürgerinitiative informiert alle Stadtratsmitglieder über aktuellen Stand und mehrere Verstöße gegen den Stadtratsbeschluss vom 02.12.2015

Die Bürgerinitiative Mainz21 Nein zur Mülldeponie in Mainz e.V. (BI) informiert alle Stadtratsmitglieder per persönlichem Brief inklusive der 13-seitigen Rüge an die Struktur- und Genehmigungsbehörde Süd (SGD Süd) über den aktuellen Stand zur Deponie und die Verstöße der Verwaltung gegen den Stadtratsbeschluss vom 02.12.2015.

„Wir mussten eine 13-seitige Rüge verfassen, weil sehr viele wichtige Aspekte fehlten oder verharmlosend dargestellt wurden. Glücklicherweise haben wir alles detailliert dokumentiert“ erläutert Dr. Gitta Weber. „Jetzt haben wir den Stadtrat über diese Ungeheuerlichkeit informiert und schauen was passiert, da ja eindeutig von der Verwaltung gegen den Stadtratsbeschluss vom 02.12.2015 verstoßen werden soll. Im Einzelnen bezüglich des Abstandes vom geplanten Hechtsheimer Wohngebiet „HE130“, der nur 240 m für DK II beträgt, laut Stadtratsbeschluss aber 360 m für DK II betragen muss. Ebenso wird eine Laufzeit auf 15 Jahren im Stadtratsbeschluss festgelegt. Laut der Struktur-und Genehmigungsbehörde (SGD Süd) wird die Deponie aber solange laufen bis sie verfüllt ist. Das können auch 30 Jahre sein. Und es sollten nur Abfälle ausschließlich aus der Landeshauptstadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen angenommen werden. Beantragt wurden aber Abfallschlüssel, die gar nicht im Landkreis anfallen, wie z.B. gefährliche Bohrschlämme“ sagt Dr. Weber.

Antonio Sommese, BI Sprecher sagt ergänzend zum Protokoll: „Nach über sieben Monaten das Protokoll zu erhalten und wieder während den Sommerferien, das ist schon sehr unverschämt“. Wir hatten nur zwei Wochen um unsere Rüge an die SGD zu schicken und die SGD Süd stellte uns das vorläufige Protokoll mit 8-wöchiger Verspätung zu, sowas kann doch in deutschen Rechtsstaat nicht sein. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Würde das Protokoll das widerspiegeln, was im Erörterungstermin passiert ist, wäre es zu verkraften gewesen, aber dem ist leider nicht so gewesen.“

Weiterhin wurden folgende Punkte wurden von der BI an dem endgültigen Protokoll gerügt:

Der zu geringe Abstand zur Wohnbebauung, die über 40 nicht behandelten Anträge, das Beantworten von Fragen des Versammlungsleiters (Patric Liebscher) für die Entsorgungsbetriebe Mainz als Antragsteller, Abfälle die nicht ausschließlich aus dem Landkreis Mainz-Bingen stammen, der nicht geeignete Standort, Schutz der Gesundheit, Schutz des Eigentums, die über 10.000 Bohrungen, die vielen gefährlichen Abfälle und deren nicht gewünschte Herausnahme, das falsche Lärmgutachten, die nicht übernommenen Änderungswünsche der BI und die mangelhafte Sickerwasserbehandlung.

Zurzeit plant die Stadt Mainz eine Sonderabfalldeponie für die Deponieklassen I und II im Steinbruch Mainz-Laubenheim zu errichten. Die BI lehnt die Deponie weiter strikt ab. Wir möchten die dort lebenden Menschen und die dortige Umwelt keinen zusätzlichen, nicht kalkulierbaren Risiken ausgesetzt wissen. Daher bestehen wir auf einer Verfüllung des Steinbruchs mit unbelastetem Erdaushub wie ursprünglich von der Stadt gegenüber der HeidelbergCement gefordert und genehmigt bzw. den Steinbruch direkt in ein Naherholungsgebiet zu verwandeln.

Mülldeponie Mainzer Steinbruch

Datum: **20.09.2020**

Zeichen: **MW**

Anschrift
Martin Wilitzki
Dora-Scherf-Str. 38
55130 Mainz

Telefon 0151/ 230 710 87

E-Mail: martin.wilitzki@web.de

Homepage:
http://www.mainz21.de